



Forderungen für eine mögliche Regierungsbeteiligung

Der Landesvorstand der DL21 Bayern bekennt sich zur staatspolitischen Verantwortung der SPD bei der bevorstehenden Regierungsbildung. Deswegen sehen wir diese Regierungsbildung auch nicht als Selbstläufer unter hinten Anstellung des sozialdemokratischen Profils. Folgende Punkte halten wir für den Eintritt der SPD in eine gemeinsame Regierung mit der Union für unabdingbar:

1. Die Reform der Schuldenbremse muss mehr sein als die Ausweitung des Sondervermögens für die Bundeswehr. Äußere, innere und soziale Sicherheit sind nicht gegeneinander aufrechenbar. Eine Mauer um eine rauchende Ruine bringt uns nichts.
2. Außen- und sicherheitspolitisch müssen neben der Stärkung der Verteidigung gleichermaßen Diplomatie, wirtschaftliche Zusammenarbeit und aktive Klimapolitik, auch als Steuerung von Migration, gleichermaßen berücksichtigt werden. Sie darf keine weitere Abhängigkeit zu den USA schaffen, wie z.B. bei der Aufstellung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Deutschland.
3. Umverteilung findet am besten dort statt, wo Wohlstand erwirtschaftet wird. Das ist besser als seine nachgelagerte Umverteilung. Deshalb muss ein Tariftreue- und Vergabegesetz Bestandteil des Koalitionsvertrags werden.
4. Der Mindestlohn wird auf 15 Euro angehoben und weitere Anhebungen von Entscheidungen vermeintlich unabhängiger Kommissionen entkoppelt.
5. Erbschaften, sehr große Vermögen und besonders hohe Einkommen müssen stärker besteuert werden
6. Wirtschaft ist kein Selbstzweck. Wenn die Koalition unseren Wirtschaftsstandort stärkt, darf dies nicht zu Lasten der Arbeitnehmer:innen gehen. Deswegen steht die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ab Tag 1 und der 8-Stunden-Tag nicht zur Disposition.
7. Die europarechtswidrige Abweisung von Asylbewerber:innen an deutschen Grenzen darf nicht weiter verfolgt werden.
8. Die Koalition stärkt die Zivilgesellschaft und versucht nicht sie zu schwächen. Ein neues Gemeinnützigkeitsrecht stellt sicher, dass implizite Drohgebären, wie die Anfrage der Union, obsolet werden.
9. Ein Koalitionsvertrag muss verbindlich festlegen, dass Mehrheiten ausschließlich in der Koalition gesucht werden. Eine nochmalige Kooperation der Union mit der AfD, egal in welchem thematischen Feld, wird eine Koalition mit der SPD sofort beenden.

Uns ist bewusst: Politik lebt von Kompromissen und unsere Wähler:innen erwarten zurecht eine stabile Regierung. Das bedeutet aber nicht, dass ein Koalitionsvertrag zum neuen Parteiprogramm wird. Die SPD bleibt auch in einer Koalition eine selbstbewusste Partei, die für eine bessere und gerechtere Gesellschaft kämpft, auch in Themenfeldern, die mit der Union nicht umsetzbar sind. Um einen Koalitionsvertrag glaubwürdig in der Partei und gegenüber den Wähler:innen vertreten zu können müssen wir von Anfang an klar machen, welche Inhalte wir für diese Kooperation opfern mussten. Unser langfristiges Ziel, auch in der laufenden Regierungsarbeit, ist es für Mehrheiten zu kämpfen, die zukünftig mehr sozialdemokratische Politik möglich und unser Land besser macht.

Im Namen des Landesvorstandes:

Anja König

Herbert Lohmeyer